

3263/J XXII. GP

Eingelangt am 07.07.2005

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

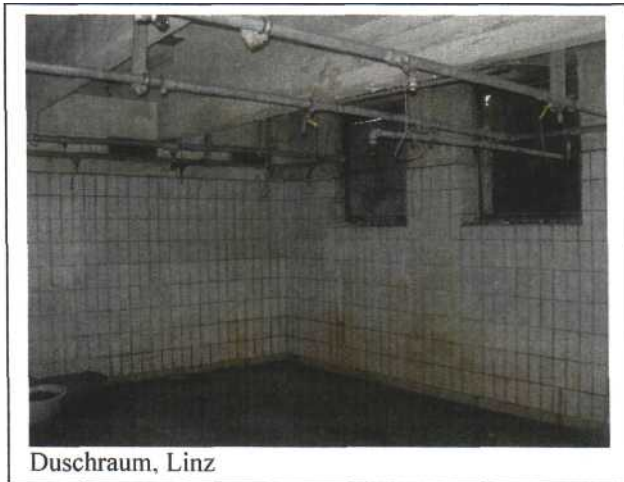
Anfrage

der Abgeordneten **FRANZ RIEPL, WALTER SCHOPF** und GenossInnen
an den Bundesminister für Finanzen **Mag. Karl-Heinz Grasser**
betreffend **„Moderne Sklavenarbeit“ der Firma S.S.U Montage und Demontage GmbH.**

Am 6. Juli 2005 ist durch die öffentliche Berichterstattung in einer Reihe von Medien, darunter den meisten großen Tageszeitungen des Landes, ein besonders krasser Fall von Ausbeutung und Missbrauch arbeitsrechtlicher Bestimmungen bekannt geworden, dem womöglich bis zu 150 Montagearbeiter aus Indonesien und Südkorea, die für die Linzer Firma S.S.U. Montage und Demontage GmbH (Turmstr. 44, 4030 Linz) tätig sind, zum Opfer gefallen sind.

„Moderne Sklaverei in Österreich“ (KURIER 6. Juli 05), „Sklavenarbeit auf den Voest-Gelände“ (PRESSE, 6. Juli 05), "ÖGB wirft Linzer Firma Sklavenhaltung vor" (WIRTSCHAFTSBLATT 6. Juli 05), „Moderne Sklaven" (KLEINE ZEITUNG 6. Juli 05) „Billig-Arbeiter auf Montage" (OÖ-NACHRICHTEN 6. Juli 05) lauteten die Schlagzeilen nach bekannt werden des Skandals.

Bisher sind folgende Fakten bekannt: Die Firma S.S.U. vermittelt Arbeitskräfte aus Südkorea und Indonesien zur Demontage von Anlagen in Österreich. Derzeit ist diese Firma in Linz (Voestgelände) und in Wien Simmering tätig. Auf der Basis eines Vertrages zwischen der Firma S.S.U. und der Firma BTR (Baja Teknik Rekatama, Surabaya Indonesien) in Indonesien, die auch für die Entlohnung der Monteure verantwortlich ist, erteilte das AMS Entsendebewilligungen. Auf Grund eines Hinweises der Gewerkschaft Metall-Textil überprüfte die KIAB und das Arbeitsinspektorat die tatsächlichen Arbeitsbedingungen. Dabei stellte sich heraus, dass die Wochenarbeitszeit der „entsendeten" Arbeiter bis zu 62 Stunden beträgt und das bei einem durchschnittlichen Stundenlohn 1,30.-€ ! Ihre Unterbringung - für die die Firma S.S.U. verantwortlich ist - muss als menschenwürdig bezeichnet werden. Die Arbeiter hausen auf engstem Raum in einer alten Werkshalle, der Zustand der Kochgelegenheit, der Schlafhalle und der sanitären Anlagen ist katastrophal. (Die nachstehenden Fotos dokumentieren dies.)



Duschraum, Linz



Schlafhalle, Linz

Trotz der offensichtlichen Tatsache, dass hier Menschen ausgebeutet, das österreichische Arbeits- und Sozialrecht und die Kollektivverträge unterlaufen und dadurch andere legale Arbeitsplätze gefährdet werden, und es möglicherweise noch weitere Fälle dieser Art gibt, ist unklar, wie es zu einer solchen Umgehung der österreichischen Gesetze kommen konnte und welche Einschreitmöglichkeiten den Behörden zur Verfügung stehen, um ähnliche Fälle künftig zu verhindern.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen an den Bundesminister für Finanzen in diesem Zusammenhang nachstehende

Anfrage:

1. Was werden Sie im Bereich Ihres Ressorts unternehmen, um künftig Fälle wie den der Firma S.S.U. zu verhindern ?
2. Gab es in diesem Fall eine koordinierte Vorgehensweise der maßgeblichen Behörden (KIAB, AMS, ZAI) und welche gemeinsamen Maßnahmen wurden dabei festgelegt ?
3. Wann wurde die Firma S.S.U. zuletzt von der KIAB überprüft und was war das Ergebnis dieser Überprüfung ?
4. Ist es im gegenständlichen Fall der Firma S.S.U. auch zu steuerrechtlichen Vergehen (Abgabenhinterziehung etc.) gekommen ? (Wenn ja, mit welchen Folgen ?)
5. S.S.U. hat die entsendeten Arbeitskräfte als Monteure zum Zweck einer fachmännischen Demontage einer Anlage beschäftigt, die nach Indonesien hätte exportiert werden sollen. Haben Sie davon Kenntnis, ob diese Exporte tatsächlich stattgefunden haben ? (Wenn ja, wann und wohin)
6. Wenn nein, warum erfolgte eine solche Überprüfung nicht, obwohl der angebliche Export eine wichtige Voraussetzung für die Erteilung der Entsendebewilligung war ?
7. In welcher Form erfolgt in solchen und ähnlichen Fällen eine Kooperation zwischen AMS und Zollbehörde?

8. Erachten Sie diese Kooperation für ausreichend, um künftig ähnliche Missbrauchsfälle wie im Falle von S.S. U. zu verhindern?
9. Wurden Firmen, die „entsendete“ Arbeitskräfte beschäftigen, von der KIAB geprüft und was waren die Ergebnisse dieser Kontrollen? (Häufigkeit der Kontrollen seit 1.1. 2000, Beanstandungen, Anzeigen)
10. Wurden im Falle der Firma S.S.U. alle Überprüfungsmöglichkeiten seitens der KIAB ausgeschöpft ?
11. Besteht nach Ihrer Ansicht ein gesetzlicher Handlungsbedarf, um künftig einen Missbrauch der Entsendebestimmungen zu verhindern ? (Wenn ja, welcher ?)